

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

## Themen der Woche

---

- 1. Verschärfung des Asylrechts!**
- 2. Regierungserklärung zum EU-Gipfel**
- 3. Maritime Wirtschaft im Blickfeld**

### **1. Verschärfung des Asylrechts!**

Gestern haben wir im Bundestag mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ein umfangreiches Gesetzespaket zur Bewältigung des Flüchtlingszustroms beschlossen! Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt, aber definitiv nicht der letzte, in der aktuellen Flüchtlingslage. Wir müssen aber auch weitere Maßnahmen ergreifen, sowohl auf nationaler Ebene sowie innerhalb der EU und der internationalen Staatengemeinschaft.

National haben wir am gestrigen Donnerstag einen gewaltigen Schritt nach vorn gemacht. Bei dem Gesetzespaket handelt es sich um die bedeutendste Asylrechtsreform seit den 1990er Jahren. Es umfasst vor allem harte Maßnahmen für die, die einen Asylantrag

stellen, obwohl sie offensichtlich nicht schutzbedürftig sind.

Dass die Bundestagsfraktion der Grünen gegen einzelne Teile des Pakets gestimmt hat, bedauern wir als Union sehr. Den Grünen im Bundestag kann man sagen: So sieht Verantwortungspolitik nicht aus! Geärgert hat mich auch die Ankündigung von NRW, wesentliche Grundgedanken des Gesetzes – wie etwa die Unterbringung von Asylbewerbern ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen oder den Vorrang des Sachleistungsprinzips – gar nicht umzusetzen. Ich kann nicht verstehen, dass politisch Verantwortliche in der aktuellen Lage solche Äußerungen machen bzw. so handeln!

Das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz trägt ganz klar die Handschrift der Union! Die Wir setzen mit ihm viele Maßnahmen um, für die wir lange gekämpft haben. Das war nicht immer einfach!

Mit dem Gesetz erweitern wir endlich den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten und erklären den gesamten Westbalkan zu einer sicheren Herkunftsregion. Meine Meinung nach hätte das schon viel früher erfolgen müssen! Neu und richtungsweisend ist, dass in Zukunft eine ganze Reihe von Einschränkungen mit dem Status „*sicherer Herkunftsstaat*“ verbunden sein werden. Es sind Einschränkungen, die denen, die nicht schutzbedürftig sind, den Anreiz für einen Asylantrag in Deutschland nehmen. Wer aus einem sicheren Herkunftsstaat kommt, muss künftig bis zum Ende seines Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben; er darf den entsprechenden Bezirk nicht verlassen; er bekommt kaum noch Bargeld und keine Möglichkeit zu arbeiten; seine Leistungen werden nach Abschluss des Verfahrens gekürzt, und er wird direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung zurückgeführt.

Das sind alles harte Maßnahmen. Doch damit senden wir ein ganz eindeutiges Signal: Wer offensichtlich keinen Schutz braucht und gleichwohl einen Antrag auf Asyl stellt, hat in Deutschland nichts zu erwarten!

Die vereinbarten Beschleunigungen im Asylverfahren müssen nun durch konsequente Abschiebungen der abgelehnten Asylbewerber durch die Länder durchgesetzt werden.

In einem nächsten Schritt wollen wir uns mit der SPD auf die Einrichtung von Transitzonen an den Grenzen verständigen. Leider zeigen sich SPD und Grüne in dieser Fragen gegenwärtig noch ablehnend! Die Union wird dennoch ein Konzept dazu ausarbeiten und dann um Zustimmung kämpfen.

Weitere Maßnahmen müssen außerdem auf europäischer Ebene erfolgen. Dazu gehören ein wirksamer und kräftiger Schutz der europäischen Außengrenzen, die unverzügliche Einrichtung der sogenannten Hotspots in Griechenland und Italien, die Vereinbarung einer verbindlichen Quote zur Verteilung der Flüchtlinge. Darüber hinaus müssen wir mit der Türkei reden, die Situation in den Flüchtlingslagern verbessern und an die Bekämpfung der Fluchtursachen gehen! Der Türkei kommt mit derzeit mehr als zwei Millionen aufgenommenen Flüchtlingen eine Schlüsselrolle in der aktuellen Krise zu. Es liegt in unserem eigenen und im gesamteuropäischen Interesse, mit der Türkei bei der Bewältigung der Krise eng zusammenzuarbeiten.

## 2. Regierungserklärung zum EU-Gipfel

Auf die Rolle der Türkei setzte auch die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung den Schwerpunkt! Die Kanzlerin hält eine Zusammenarbeit mit der Türkei für unverzichtbar, um die Flüchtlingsströme in Richtung Europa einzudämmen. *„Die Türkei spielt in dieser Situation eine Schlüsselrolle“*, erklärte sie an diesem Donnerstag im Bundestag in ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel in Brüssel. Priorität habe die Verbesserung des Grenzschutzes und die gemeinsame Bekämpfung der Schlepperbanden. Es sei *„nicht hinnehmbar, dass diese schmale Meeresrinne, die zwischen der türkischen Küste und den griechischen Inseln und damit zwischen zwei Nato-Partnern liegt, im Augenblick von Schleppern beherrscht wird“*, hob die Kanzlerin hervor.

Merkel wird am 18. Oktober in die Türkei reisen um Gespräche mit Präsident Erdoğan zu führen! Dabei werden alle Fragen auf den Tisch kommen, sowohl zum Syrien-Konflikt genauso wie die Visa-Freiheit, sichere Herkunftsstaaten, den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus und die Menschenrechtslage in der Türkei.

Wichtige sind außerdem die Stärkung der EU-Grenzschutzagentur Frontex und die Einrichtung von *Hotspots* in Griechenland und Italien, in denen Flüchtlinge noch an den Außengrenzen registriert und auf ihre Schutzbedürftigkeit überprüft werden sollen.

## 3. Maritime Wirtschaft im Blickfeld

Um die Lage der maritimen Wirtschaft ging es an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag. Grundlage der Aussprache war der 4. Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland. Der Bericht wird an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden.

Meine Fraktion und die SPD haben hier bereits einen Antrag angekündigt, in dem wir fordern, die maritime Wirtschaft zu stärken und ihre Bedeutung für Deutschland hervorzuheben. 85% des internationalen Warenaustausches erfolgen über den Seeweg. 60% der deutschen Warenexporte und ein Großteil der Rohstoffimporte werden per Schiff transportiert. Der Güterverkehr über See wird weiter zunehmen, prognostiziert die Regierung. In der Sparte Containerschifffahrt liege die deutsche Flotte sogar an erster Stelle. Gemessen an ihrer Transportleistung sei die Schifffahrt der umweltfreundlichste Verkehrsträger. Den deutschen Häfen wird bescheinigt, zu den *„besten Umschlagplätzen der Welt“* zu zählen.

Ohne die Leistungen der Häfen wäre Deutschlands Rolle als eine der führenden Exportnationen der Welt nicht denkbar! Es wird erwartet, dass die Umschlagvolumina der 19 größten deutschen Seehäfen von 269 Millionen Tonnen (2010) auf 468 Millionen Tonnen im Jahr 2030 steigen werden.